



Wirtschaft für das eine Prozent?

Von Ulrike Simon | 22.10.2021

„Fight Club“ heißt das Format von Nika Dubrowsky. Die Witwe von David Graeber ließ anlässlich seines ersten Todestages Michael Hudson und Thomas Piketty über Schulden und die Zukunft des westlichen Kapitalismus debattieren.

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 23. September 2020, starb David Graeber. Der 1961 geborene Anthropologe, den manche auch das „Gesicht der *Occupy*-Bewegung“ nennen, wurde durch sein Buch *Schulden – die ersten 5000 Jahre* weltweit bekannt.

Graeber habe nie etwas von Wissenschaft im Elfenbeinturm gehalten, für ihn sei Erkenntnis nur im Dialog vorstellbar gewesen, betont seine Witwe Nika Dubrowsky. Zur Förderung weltweiter Dialoge gründete er gemeinsam mit seiner Frau das virtuelle Museum of Care. Persönlich sei Graeber in so manche scharfe Debatte verwickelt gewesen, und so eröffneten Dubrowsky und Freunde

Graebers anlässlich seines ersten Todestags zu seinem Andenken einen neuen Museumsraum, den „[Fight Club](#)“.

„Revolutionen passieren, wenn sich unser Alltagsverständnis ändert“, sagte Graeber und meinte damit, dass die Menschen vieles von dem, was sie für selbstverständliche Wahrheiten hielten, grundsätzlich überdenken müssten, damit sich die realen Verhältnisse ändern. Eine dieser Selbstverständlichkeiten ist, dass man grundsätzlich, immer und überall seine Schulden bezahlen muss – eine Selbstverständlichkeit, die Graeber in seinem Buch gründlich zerpflückt hat. Was liegt also näher, als im ersten Kampf des „Fight Clubs“ zwei Schwergewichte gegeneinander antreten zu lassen, die sich intensiv mit Schulden auseinandergesetzt haben?

Gibt es heute eine Schuldenkrise?

David Graeber profitierte in seinem Buch von den Forschungen des 1939 geborenen US-amerikanischen Ökonomen und Historikers **Michael Hudson**, der unter anderem über Schulden in der Bronzezeit arbeitete. Bekannt wurde er 1968 durch sein Buch *Finanzimperialismus*. In Deutschland erschien zuletzt *Der Sektor*, ein Werk, das auf Englisch den aufschlussreichen Titel *Killing the Host* trägt. Das Motto seiner Homepage ist: „Schulden, die nicht bezahlt werden können, werden nicht bezahlt.“

Der 1971 geborene Ökonom **Thomas Piketty** wurde 2014 mit seinem Bestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert* weltbekannt. Piketty legte eine Analyse des heutigen Kapitalismus vor, bei der er sich auf [Einkommensstatistiken](#) aus 27 Staaten der Welt stützt, die belegen, wie drastisch sich seit den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts die Einkommensschere zu Gunsten der obersten Einkommensschichten vergrößert hat. Im letzten Jahr erschien sein neues Buch *Kapital und Ideologie*.

Auch wenn die „Kämpfer“ höflich und respektvoll miteinander umgingen und eher nach Gemeinsamkeiten suchten, wurden ihre unterschiedlichen Sichtweisen deutlich. Ob am Ende einer der beiden als Punktsieger aus dem Kampf hervorging, mögen die Leser selbst entscheiden.

Thomas Piketty: Zyklen von Verschuldung und Entschuldung

Wie Hudson und Graeber zeigten, hat es im Verlauf der Zivilisationsgeschichte immer wieder große Zyklen von Verschuldung und Entschuldung gegeben, sagt

Piketty. Für ihn ist unsere heutige Situation vergleichbar mit zwei der neueren historischen Episoden, in denen die Verschuldung untragbar geworden sei: der Lage vor der französischen Revolution 1789 und nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem in Deutschland.

Im Frankreich des 18. Jahrhundert hatten sich die reichen Aristokraten ihrer Verpflichtung entzogen, ihren angemessenen Anteil zur Finanzierung gesellschaftlicher Zwecke beizutragen. Das Ergebnis war eine horrende Staatsverschuldung, die Revolution führte zu einem völlig neuen Gesellschafts- und Steuersystem.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel infolge heftiger sozialer Auseinandersetzungen die Entscheidung, die im Krieg aufgelaufenen Staatsschulden nicht zu bezahlen bzw. die über Militärausgaben angehäuften Geldvermögen, denen keine entsprechende Warenproduktion mehr gegenüberstand, fast gänzlich zu annullieren. Im „konservativen“ Deutschland [Piketty meint wohl damit, dass in Deutschland ein ausgeglichener Staatshaushalt und die Verhinderung von Inflation äußerst wichtig sind, d. A.] geschah dies durch eine Währungsreform und ein progressives Steuersystem, das hohe Einkommensschichten stark zur Kasse bat, die unteren Einkommensschichten entlastete und so die Vermögensverluste der Währungsreform ausglich.

Heute, so der Befund Pikettys, zahlen die oberen Einkommensschichten ganz legal niedrige Steuern, wenn sie sich diesen nicht generell über Kapitalflucht in Steuerparadiese entziehen. Die Hauptquelle ihres Reichtums ist die Aneignung vormaliger Gemeingüter über die Privatisierung ehemaligen Staatsbesitzes. Die extremsten Fälle dieser Aneignung gab es in Russland und den postkommunistischen Ländern Anfang der 1990er Jahre, wo einfach das gesamte öffentliche Vermögen in wenige Hände transferiert wurde. Aus Teilen der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura machte diese Aneignung aus dem Nichts Oligarchen.

Betrachtet man das Nettovermögen des Staates, also das Staatsvermögen abzüglich der Staatsverschuldung, so lag dieses in den Industriestaaten der 1970er Jahre zwischen 20 und 30% des gesamten nationalen Vermögens. Heute liegt es in den USA und im Vereinigten Königreich bei nahe Null oder ist sogar negativ. Erneut, so Piketty, haben wir es mit historisch hohen Staatsschulden zu tun.

Dass man sich darum heute kaum schert, und die Zentralbanken immer mehr Geld bereitstellen, ist ein Zustand, der für Piketty nicht ewig andauern kann. Stattdessen werde es angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit, zum Beispiel des Klimawandels, eine grundlegende Reform des Steuersystems geben müssen. Doch ohne heftige soziale Kämpfe könne dies nicht gelingen, räumt Piketty ein.

Michael Hudson: Finanzkapital ist zum zentralen Planer der Wirtschaft geworden

Es sei Pikettys großes Verdienst, die aktuelle Lage so genau beschrieben und statistisch stichhaltig belegt zu haben, anerkennt Hudson. Während Pikettys Stärke die Beschreibung sei, bliebe aber seine Analyse an der Oberfläche. Hier setzt Hudson an: Warum werfen heute Finanzprodukte mehr Gewinn ab als produktive Arbeit? Deswegen konzentriert er seinen Blick auf die Quellen der hohen Einkommen.

Dabei wird für Hudson offenbar, dass das heutige System die Rentiers begünstigt. Die Bedeutung der Einkommen aus materiellen Investitionen in Produktionsmittel, wie Anlagen und Ausrüstung, Forschung und Entwicklung, sei hingegen stark zurückgegangen. Die Privatisierung ehemaliger Staatsmonopole, über die die neuen Besitzer zu Monopolpreisen Gewinne aus dem Gesundheitswesen, der Bildung und der Infrastruktur abschöpfen können – Güter, die vormals der Allgemeinheit günstig zur Verfügung standen –, stellt für Hudson den größte Vermögenstransfer vom öffentlichen in den privaten Sektor in der Geschichte dar. Es ist zugleich ein Abfluss von Vermögenswerten in den Finanzsektor.

Das ist jedoch nur eine Rentenquelle. Entscheidend sei, dass sich ein mit dem Staat eng verknüpfter Sektor herausgebildet habe – der FIRE-Sektor (*finance, insurance & real estate*; Finanzen, Versicherungen und Immobilien). Dieser Sektor sichert seinen Mitgliedern hohe Renten bzw. passive Gewinne aus Landbesitz, dem Abbau von Bodenschätzen, Patenten, Finanzspekulationen und vieles mehr. Das Finanzkapital, so das Verdikt Hudsons, ist zum zentralen Planer der Wirtschaft geworden.

Ermöglicht wurde das vor allem durch Zinssenkungen von ihrem Höchststand von 20% in den 1980er Jahren auf heute nahe 0%. Die Niedrigzinsen trugen

ihren Teil dazu bei, einen Immobilienboom zu befeuern, der Hauspreise stark verteuerte und Immobiliengewinne exorbitant steigerte.

Wurden vormals die Einkommenszuwächse durch hohe Zinsen gebremst, kompensierten die Menschen heute ihre stagnierenden bzw. sinkenden Einkommen durch Schulden.

Es gehe also nicht nur um Staatsschulden, sondern auch um die Kredit- bzw. Schuldenexplosion der Privathaushalte und die stark anwachsenden Einkommen aus Zinsen, betont Hudson.

Während Piketty den auf diese Weise entstandenen Reichtum der obersten 1% kartografiert, gilt Hudsons Forschung dessen Kehrseite: die Schulden einer Mittelschicht, die an den Rändern in Verarmung und Abhängigkeit getrieben wird. Die Angst, Kredite nicht mehr bedienen zu können, besonders auch Studienkredite, verstärkt die Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Da im System der betrieblichen Gesundheitsversorgung in den USA ein Arbeitsplatzverlust auch den Verlust der Krankenversicherung zur Folge hat, ist diese Abhängigkeit auch institutionell verankert.

Doch wer mit seinem Geld vor allem Schulden abzahlen muss, kann es nicht für andere Waren und Dienstleistungen ausgeben. Ein Zeichen für die Untragbarkeit dieser Situation ist der aktuelle Rückgang des Immobilienbesitzes in den USA.

Bei all dem spielt ein sich dem liberalen Privatrecht unterwerfender Staat eine unrühmliche Rolle. So ist es der US-Regierung etwa verboten, Pharmapreise zu regulieren, und ein Erlass der Bildungsschulden ist selbst bei einem Privat-Konkurs nicht möglich.

Entscheidend ist für Hudson die Frage, wie der Kapitalismus durch eine Rentier-Ökonomie daran gehindert wird, seine produktive Kraft zu entfalten. Die Rentiers entziehen der Wirtschaft die Lebenskraft, sie [töten ihren Wirt](#).

Thomas Piketty: Lösungen müssen auf globaler Ebene gefunden werden

Doch welche Lösungen gibt es für diese Probleme? Piketty setzt vor allem auf steuerliche Regulation und Umverteilung: Steuerparadiese müssten geschlossen und Rentengewinne aus Bodenschätzen allein schon durch das wegen der

Erderwärmung angebrachte Verbot fossiler Industrien stark eingeschränkt werden.

Auf die Kritik Hudsons (siehe unten) entgegnet Piketty, dass *Das Kapital im 21. Jahrhundert* mittlerweile fast 10 Jahre alt ist und er seitdem seine Ideen und Konzepte weiterentwickelt habe. Tatsächlich wartet Piketty in seinem neuen Werk *Kapital und Ideologie* mit weitaus radikaleren Lösungsansätzen auf als im Vorwerk – etwa mit einer Beschränkung der Kapitalflüsse.

Kapitalverkehrskontrollen könnten die einzelnen Staaten durch nationale Gesetze (über die ja auch die Aufhebung der Kontrollen durchgesetzt wurden) unmittelbar einführen. Wenn man eine Trennung von Investitionen und Investitionsgütern beibehalten wolle, dann nur im Rahmen staatlicher Besteuerung, Regulierung und Regeln. Bernie Sanders schlug in diesem Zusammenhang vor, dass eine Kapitalflucht vor einer Bundesvermögenssteuer nur bei Zahlung einer Ausreisesteuer von 40% möglich sein solle. Die 2021 beschlossene, globale Unternehmenssteuer von 15% hält Piketty daher für viel zu niedrig.

Die Besteuerung des Reichtums müsse eine permanente, progressive Steuer auf das Nettovermögen sein, die mit bis zu 90 % Steuer pro Jahr für Millionäre den größten Reichtum faktisch sofort eliminiert. Eine ähnliche Besteuerung solle für alle Formen von Reichtum gelten, egal ob es sich um Land, Häuser oder andere Vermögenswerte handelt.

Doch das sei noch nicht radikal genug, glaubt Piketty. Denn der Reichtum müsse auch umverteilt werden. Die Besteuerung von Vermögen hieße gleichzeitig Umverteilung an jene, die nichts besitzen. Es gehe nicht nur um ihre Schulden, sondern auch darum, ihnen positive Eigentumsrechte an Unternehmen und Wohnungen zu geben.

In *Kapital und Ideologie* schreibt Piketty, dass ein solches Umverteilungsprogramm nur „durch die Entwicklung des Handels, des finanziellen und kulturellen Austauschs auf globaler wirtschaftlicher Ebene“ verwirklicht werden könne.

Michael Hudson: Die Rolle des Staates muss neu bestimmt werden

Mit *Das Kapital des 21. Jahrhunderts* wurde Piketty als neuer Marx gefeiert. Hudson aber glaubt, dass das Lob des Establishments eigentlich auf etwas ganz

anderes abzielte: nämlich die Menschen daran zu hindern, den alten Marx zu lesen – sprich, das System zu betrachten, das das alles hervorbringt.

Denn Pikettys Lösungsvorschlag sei sowohl zahn- als auch wirkungslos. Eine globale Erbschaftssteuer kombiniert mit einer progressiven Vermögens- und Einkommenssteuer sei nicht nur politisch kaum durchsetzbar. Sondern eine allgemeine Steuer auf Vermögen oder Einkommen unterscheide auch nicht zwischen dem, was einerseits ‚produktiv‘ verdient und andererseits durch Rentenextraktion verdrängt oder durch Kapitalgewinne erzielt wird. Die Besteuerung aller Einkommens- oder Vermögensformen mit demselben Steuersatz begünstige keine industriellen Investitionen gegenüber der Finanzindustrie, sondern ermögliche es vielmehr den „1 %“, über Zinsen weit mehr zu verdienen als durch Dividenden. Der Steuereintreiber verliere zugunsten der Gläubiger – und besteuere die Verbraucher und Lohnempfänger, um den Fehlbetrag auszugleichen.

Zwar hält es auch Hudson für nötig, Steuerparadiese zu schließen und Reichtum umzuverteilen. Aber nur ein allgemeiner radikaler Schuldenerlass, die damit verbundene Streichung der dazugehörigen Vermögensansprüche und eine Systemänderung hin zu einem produktiven Kapitalismus, in dem eine günstige staatliche Infrastruktur allen zur Verfügung steht und Monopole und Grundrenten abgeschafft sind, könne verhindern, dass sich das gegenwärtige System unendlich reproduziert. Hudson wörtlich:

„Es muss eine umfassende politische Reform geben. Das wurde im 19. Jahrhundert Sozialismus genannt. Die Rolle des Staates muss neu bestimmt werden: Soll er den ‚99%‘ oder dem ‚1 %‘ helfen? Soll er helfen, die Umwelt zu schützen? Soll er den Frieden fördern? Oder soll er einen neuen Kalten Krieg provozieren, wie die heutigen Regierungen in Europa und Amerika?“

Ob es positive Ansatzpunkte für Veränderungen gibt? Hudson ist pessimistisch. Im konkreten Fall der Studienkredite sieht er nur eine Chance, wenn die 20 Millionen Betroffenen gleichzeitig in den Zahlungsstreik treten würden, was schon wegen des großen Gegendrucks kaum zu erwarten sei.

Während aktuell in China im Falle des Immobilienriesen Evergrande genau das Richtige getan werde, die Staatsbank auf die Rückzahlung der Schulden

verzichtet und die privaten Investoren das ihnen vorher bekannte Risiko tragen müssen, sieht Hudson im Westen, dem von den ‚1%‘ kontrollierten System, keine vergleichbaren Ansatzpunkte. Doch lasse man das Kapital der 1% unangetastet bzw. weiter Maßstab wirtschaftspolitischer Entscheidungen sein, werde die Wirtschaft schrumpfen.

Hudson bemüht einen historischen Vergleich, um die Dimensionen sichtbar zu machen: Schon im Römischen Reich gab es die gleiche Polarisierung und Konzentration des Reichtums. Auch damals wurde keine gesellschaftliche Lösung gefunden, was letztendlich in den Feudalismus führte. Heute stünden wir wieder vor einer Wahl, sagt Hudson und zitiert Rosa Luxemburg: Der Wahl zwischen „Sozialismus und Barbarei“.

Thomas Piketty: Systemkonkurrenz als Veränderungsdruck

Obwohl Piketty die Meinung Hudsons teilt, dass die politischen Finanzen, Parteien, Unternehmen, Medien und Denkfabriken weitgehend von großen Vermögensbesitzern kontrolliert werden, ist er optimistischer. Zwar bedürfe es eines entschiedenen politischen Kampfes, um die politischen Spielregeln und Institutionen in Frage zu stellen. Aber in der Vergangenheit hätte es immer wieder Beispiele gegeben, dass solche Kämpfe erfolgreich sein können.

Die sozialpolitischen Erfolge nach dem Zweiten Weltkrieg seien jedoch nur möglich gewesen, weil es eine sehr starke Arbeiterbewegung und ein kommunistisches Gegenmodell im Osten gab, was letztlich Druck auf die Regierungselite im Westen ausübte. Auch wenn die Arbeiterbewegung heute eher schwach ist, sei es noch nicht absehbar, welche sozialen Bewegungen mit den heutigen Herausforderungen entstehen werden. *Occupy* und die Gelbwesten seien bereits ein Vorgeschmack gewesen. Und auch der Klimawandel bringe einen ganz eigenständigen Handlungsdruck hervor.

Unter US-Präsident Biden erwartet Piketty zwar keine grundlegende Veränderung, aber im Präsidentschaftskampf seien mit Bernie Sanders und Elizabeth Warren andere Perspektiven sichtbar geworden.

Das chinesische Modell, in dem das Bankensystem mehr als im Westen im Dienst der Realwirtschaft, der Infrastruktur und der Investitionen steht, könne in Zukunft vielleicht ebenfalls dazu beitragen, den Westen unter Druck zu setzen. Der große Unterschied zum sowjetischen Kontrollmodell besteht für Piketty allerdings darin, dass sich die Arbeiterbewegung damals dem sozialistischen

Narrativ verbunden fühlte, die Systemkonkurrenz die westlichen Eliten bedrohte, was wiederum die Arbeiterbewegung im Westen stärkte.

Das chinesische Modell hingegen sieht mehr und mehr wie eine perfekte digitale Diktatur aus, attraktiv vor allem für die Regierungseliten, die ihre Bevölkerung gerne ruhig halten und die Bewegungsfreiheit effizient einschränken wollen, wie es das Regime in Peking tut. Trotzdem könne China als verändernde Kraft eine Rolle spielen, vor allem in der Dritten Welt, wo das chinesische Steuermodell in Zukunft dazu beitragen könnte, die reichen Länder zu einer etwas konzilianteren Haltung gegenüber dem Süden zu bewegen, weil sonst China die dortigen Investitionen und Infrastrukturen finanzieren wird. Begreifen die westlichen Länder dies nicht, so die Prognose Pikettys, werden sie ihren Einfluss verlieren.